

Langer Gang am Bosphorus

Was gegen eine Armenien-Resolution spricht / Von Cem Özdemir

Ein türkisches Sprichwort sagt: Was ist dein Ziel: Weintrauben zu essen oder den Gärtner zu schlagen? Sechshundachtzig Jahre nach der weitgehenden Vernichtung der anatolischen Armenier wird auch hierzulande vorgeschlagen, daß der Bundestag nach dem Muster der Entscheidung der französischen Nationalversammlung per Resolution beschließen soll: „Es war ein Genozid.“

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich empfehle meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag nicht, dem französischen Beispiel zu folgen. Weder Washington oder Paris noch Berlin sind der Ort, wo

Im Januar verabschiedete das französische Parlament ein Gesetz, in dem die Massentötung von Armeniern im Jahr 1915 offiziell als Völkermord bezeichnet wird. Der Bochumer Genozidforscher Mihran Dabag hat in dieser Zeitung für einen entsprechenden Akt des Bundestages plädiert (F. A.Z. vom 9. Februar). Cem Özdemir, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe, begründet im folgenden unter Verweis auf die innenpolitische Situation in der Türkei seine ablehnende Haltung zu diesem Vorschlag. F.A.Z.

die schrecklichen Ereignisse des Jahres 1915 und bereits zuvor des Jahres 1895 aufgearbeitet werden können. Es sähe anders aus, wenn es sich um eine Untersuchung über die Rolle des deutschen Kaiserreiches als Schutzmacht und Verbündeten des untergehenden Osmanischen Reiches bei diesen tragischen Ereignissen handelte. Aber von dem Vorhaben, mit erhobenem Zeigefinger auf das Land zwischen Bosphorus und Ararat zu zeigen, sollten wir uns distanzieren. Die Retourkutsche mit dem Hinweis auf die eigene dunkle Vergangenheit käme so sicher wie die hysterischen Reaktionen gegenüber Frankreich, die seit der französischen Entscheidung in der ganzen Türkei zu beobachten sind.

Als der in Hamburg lebende türkischstämmige Wissenschaftler Taner Akcam per Fernschaltung an einer türkischen Fernsehsendung teilnahm und sagte, daß sich die Türkei bei den Armeniern entschuldigen müsse, war die Entrüstung grenzenlos. Der Historiker Professor Mete Tuncay kommentierte die Reaktionen so: „Wenn Taner Akcam in die Türkei kommt, ist sogar fraglich, ob er überlebt. Über dieses Thema in der Türkei in dieser hysterischen Situation zu diskutieren, ist sehr schwer.“ („Sabah“ vom 11. Februar.)

Der Standpunkt von Hrants Dink, Herausgeber der in Istanbul erscheinenden armenischen Zeitung „Agos“, wird von der deutsch-türkischen Wochenzeitung „Pernembe“ folgendermaßen wiedergegeben: „Wenn nur ein einziger Türke beginnen würde, über das nachzudenken, was in der Geschichte mit den Armeniern passierte, würde ihm das mehr bedeuten als die Millionen Stimmen, die im Westen den Mord als Genozid verurteilen. Resolutionen, wie sie das französische Parlament beschlossen hat, behindern den Prozeß der Demokratisierung in der Türkei - sie stärken nationalstische und antieuropäische Kräfte.“

Es scheint, als hätten in der Türkei diese Kräfte schon die Oberhand gewonnen. Alle, die sich wie ich für einen Kandidatenstatus der Türkei für die Europäische Union eingesetzt haben, fragen sich angesichts der jüngsten Entwicklungen in diesem Land, wie die Vorbereitungen für die Beitrittsverhandlungen aussehen. In den letzten Monaten beobachten wir einen Rückfall in alte Zeiten: Der neue Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im türkischen Parlament, Hüseyin Akgül, der der Nationalen Bewegungspartei MHP angehört (die Vorgängerin Sema Piskinsüt hat sich mit ihrer offenen Kritik an einer mehr oder weniger systematischen Folter unbeliebt gemacht), sieht in der Türkei keine nennenswerten Menschenrechtsverletzungen und will sich mit dem Kaukasus und anderen Gegenden der Welt beschäftigen. Nach der erzwungenen Absage der PKK an den bewaffneten Kampf gab es bislang nicht den Hauch eines Planes bezüglich der Resozialisierung der in den Nordirak zurückgezogenen PKK-Kämpfer. Statt dessen ist die Antwort des türkischen Staates eine Frühjahrsoffensive in das Nachbarland. Wieder „verschwinden“ Menschen im Südosten des Landes wie zuletzt zwei führende Lokalpolitiker der prokurdischen Partei HADEP. In Diyarbakir wird der Polizeipräsident Opfer eines professionell durchgeführten Attentates, und seriöse Kommentatoren deuten darauf hin, daß diese Professionalität bei keiner oppositionellen Terrororganisation in der Türkei zu finden sei.

Im übrigen wird der Beschluß der französischen Nationalversammlung sogar innerhalb armenischer Kreise mit einer gewissen Skepsis betrachtet, da sie sich dieses plötzlich aufgetretene Interesse Frankreichs am Schicksal der anatolischen Armenier schwer erklären können. Die Befürchtung, daß ihre Geschichte für aktuelle französische Interessen in der Region instrumentalisiert werde und daß sie ähnlich wie in der Vergangenheit Opfer machtpolitischer Konstellationen werden, ist groß. Es bleibt also zu fragen: Was wäre das Ziel eines solchen Beschlusses, würde er durch den Deutschen Bundestag verabschiedet werden? Etwa die Türkei zu bestrafen? Ernsthaft will dies nicht mal die französische Nationalversammlung. Wiedergutmachung für die Nachfahren der Überlebenden? Beschlüsse und Erklärungen ausländischer Parlamente versprechen allenfalls kurzfristige Linderung und Trost für das erlittene Leid. Oder geht es darum, der Türkei dazu zu verhelfen, daß sie sich mit der eigenen Vergangenheit ehrlich beschäftigt und ihre Geschichte endlich aufarbeitet? Für dieses - lohnende! - Ziel wäre es schlicht und einfach ein großer Fehler, wenn der Bundestag einen entsprechenden Beschluß fassen würde. Die unter anderem vom Bochumer Genozidforscher Mihran Dabag geforderte Resolution wäre eine höchst willkommene Schützenhilfe für die Hardliner in der Türkei; den Preis müßten - wie dies bereits heute geschieht - die noch in der Türkei verbliebenen Armenier und die Anhänger einer Öffnung in Richtung Europa zahlen. Umgekehrt besteht das Dilemma, daß ohne massiven Druck aus dem Ausland die Hardliner den Eindruck gewinnen müssen, alles könne so bleiben, wie es ist.

Darin liegt auch die Kernfrage: Wird die Türkei sich überhaupt ändern? Nähert sie sich Europa wenigstens im kaum meßbaren Bereich einer homöopathischen Dosis an? Haben die politische Klasse und der Generalstab ein ernsthaftes Interesse an der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien? Wird sich die Türkei demokratisieren? Wird sie beispielsweise den die Meinungsfreiheit einschränkenden Paragraphen 312 des Strafgesetzbuches abschaffen, damit über die Geschichte der Türkei in der Türkei diskutiert wird und nicht (nur) in Paris und Berlin? Kann sich der „denn devlet“, der „Staat im Staate“, damit abfinden, daß es in Europa eher unüblich ist, Journalisten Diktate über ihre Berichterstattung, etwa in der Frage der Ereignisse im Jahre 1915, zu erteilen? Ist der „öbür devlet“, also der von niemand legitimierte „andere Staat“, bereit, seine Kompetenzen bis zur Selbstauflösung zu beschneiden?

Man fühlt sich an die neunziger Jahre erinnert, als ein Parlamentsausschuß feststellte, daß hinter dem „Verschwinden“ von Tausenden im Südosten der Türkei eine „geheime Organisation steckt, in der auch Staatsbedienstete aktiv sind“. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, daß ausgerechnet ein Polizeipräsident, der sich für die Aufklärung des Schicksals von „Verschwundenen“ eingesetzt hat und in der von der Hadep dominierten Stadt außerordentlich beliebt war, einem Terrorangriff zum Opfer fällt. Hat der Unternehmer und Ex-Politiker Cem Boyner immer noch recht mit seiner dunklen Prophezeiung, wonach der Krieg im Südosten so lange dauern werde, solange es dabei um einen nicht unerheblichen Wirtschaftszweig gehe? Selbst die angesehene Anwaltskammer von Istanbul wird der „Beihilfe“ zum Terrorismus beschuldigt, weil sie die „Operation Rückkehr zum Leben“, also die gewaltsame Erstürmung der Gefängnisse zur Beendigung von Hungerstreiks im Dezember vergangenen Jahres kritisiert, bei der über dreißig Menschen ihr Leben verloren haben.

Der bereits zitierte Akcam muß fürchten, ein ähnliches Schicksal wie Akin Birdal, der ehemalige Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins, zu erdulden, der nach Attacken einiger türkischer Zeitungen Opfer eines bewaffneten Angriffes wurde und schwer verletzt überlebte. Akcam äußerte in dem besagten Fernsehprogramm, daß zwar die meisten türkischen Historiker seinen Standpunkt teilen würden, aber sich nicht an die Öffentlichkeit trauen. Einem solchen Land hilft keine Resolution. Statt dessen sind Initiativen gefordert, die zur Entstehung eines türkisch-armenischen Dialogs beitragen, um die historischen Ereignisse gemeinsam aufzuarbeiten und so vielleicht schrittweise eine Annäherung der beiden Völker zu bewirken. Daher ist es nötig, sich von Vorhaben zu distanzieren, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen oder gar die Konflikte verschärfen. Lassen Sie also nicht die in der Türkei lebenden Armenier und syrisch-orthodoxen Christen den Preis für unseren „Mut“ bezahlen. Vergangenheitsbewältigung ist zunächst die bewußte Gewissensentscheidung eines Volkes, nicht länger zu verdrängen - in diesem Fall ist es die der Türken.